

(Abgeordneter Dr. Methammer.)

(A) Es ist bekannt, daß die sozialdemokratische Partei die Heimarbeit bekämpft, daß sie dahin strebt, sie ganz oder wenigstens zum größten Teil einzustellen. Ich glaube, im Interesse der betreffenden Industriezweige ebensowohl wie im Interesse der Heimarbeiter selbst darf man nicht so radikal vorgehen, muß man auch dieser Arbeit die Freiheit, die wir doch nun wenigstens in persönlicher Hinsicht haben wollen, soweit es irgend möglich ist, gestatten. Wir haben die vielen sogenannten halben Kräfte in unserem Volke, alte, franke, nicht bewegungsfähige Leute, Menschen, die sich den Unbilden und dem Zwange eines Fabrikbetriebes nicht aussetzen können und wollen und die arbeitslos werden, wenn wir ihnen nicht durch Heimarbeit eine Gelegenheit zur Beschäftigung geben. Man kann es doch auch Töchtern, die Vorsteherinnen von einer Haushaltung sind, nicht verdenken, daß sie ihre gebrechlichen Eltern bei sich im Hause haben wollen, was ihnen nur ermöglicht wird, wenn sie gleichzeitig sich beschäftigen dürfen. Man kann es auch nur begrüßen, wenn Mütter es zu ermöglichen suchen, ihre Kinder im Hause zu behalten, statt sie in Kinderhorte zu geben, zumal ja auch die Jugend während der letzten 5 Jahre keinesfalls in moralischer und erzieherischer Hinsicht sich verbessert

(B) (Sehr richtig! rechts.)

und insofern jede Mutter den dringenden Wunsch im Interesse ihrer Kinder hat, daß sie die Beaufsichtigung ihrer Kinder, soweit irgend möglich, selbst übernimmt. Wir werden nach dem Kriege auch die ausländischen Wanderarbeiter kaum mehr in unseren Grenzen sehen, und es wird der Wegfall dieser Arbeiter einen Ausgleich dadurch finden müssen, daß wieder andere auf dem Lande sich ansiedeln. Diese werden wieder an Regentagen, in landwirtschaftlichen Freizeiten, vor allen Dingen im Winter, eine Art Füllarbeit in der Heimarbeit suchen. Nun wollen wir gar nicht verkennen, daß die Heimarbeit unter mancherlei schwierigen Schäden leidet, daß die Wohnungsverhältnisse oft nicht geeignet sind, daß eine Regulierung der Lohnfragen dort schwieriger ist, daß die Ausdehnung und der Ausbau der sozialen Gesetzgebung noch nicht in genügendem Maße vollendet ist. Das alles wird sich aber finden lassen, und ich möchte es nicht unterlassen, im Interesse der Industrie und der Heimarbeiter selbst an dieser Stelle ein gutes Wort einzulegen.

Eine Frage, die unsere Industrie in ganz besondere Schwierigkeiten versetzt, ist der Achtstundenarbeits-

tag, den wir seit November 1918 haben. Nicht bloß (C) die Erhöhung der Löhne, die damit eingetreten ist und die ihre Wirkung auf die Preise der Produkte zwangsläufig ausübt, beschwert die Industrie, sondern viele Industrien sind gar nicht in der Lage, ihren Betrieb ordnungsmäßig zu führen, weil ihnen die eingerichteten Arbeiter, die Handwerker und ähnliche Leute dazu fehlen. Es ist doch etwas ganz anderes, ob man als Tagelöhner Leute sucht oder ob man z. B. in Kohlengruben Maschinisten braucht, die die Fördermaschinen, die Wasserpumpen versorgen und derartige verantwortliche Arbeiten ausführen. Da lassen sich nicht von heute auf morgen aus zwei Leuten drei machen, und der Industrie entstehen große Schwierigkeiten durch Stillstände, Störungen, Maschinenbrüche und dergl.

Auch die Unterbringung der Leute versetzt unsere Industrien in die größte Schwierigkeit. Viele Industrien auf dem Lande haben sich in jahrzehntelangem, zielbewußtem Streben mit Arbeiterhäusern versehen, haben dafür gesorgt, daß ihre Arbeiter gut und zweckmäßig untergebracht sind. Es ist schlechterdings unmöglich, nun statt zwei Arbeiter drei in derselben Weise unterzubringen. Die Wohnungsfrage, die in unserem ganzen Volksleben die größte Rolle spielt, ist dadurch in große Unsicherheit geraten. (D)

Die Unsicherheit erstreckt sich aber auch auf alle anderen Verhältnisse. Alle Tage kommen neue Verordnungen, neue Gesetze heraus, die die Industrie betreffen. Ja, die Regierungen wechseln, und wir hören, daß die eine Regierung erklärt, sich nicht an die Bestimmungen der vorhergehenden halten zu können und halten zu wollen. Es ist charakteristisch, daß Ende Februar der „Vorwärts“ in dieser Hinsicht veröffentlichte:

Der Revolution fehlt eben noch immer der eiserne Besen, um den ganzen verderblichen Mist aus den Amtsstuben hinauszufegen. Wenn man nicht bald die Notwendigkeit einsieht, mit der ganzen Fülle von irrsinnigen oder wenigstens heute wahnsinnig wirkenden Bestimmungen in den verschiedenen Ämtern und bei den Unternehmervereinigungen aufzuräumen, dann besteht die Gefahr, daß wir noch lange das Elend unserer Isolierung vom Auslande ertragen müssen und daß wir sogar den rechtmäßigen Anschluß an die neue internationale Wirtschaftsentwicklung verpassen.

Ich glaube, wenn schon der „Vorwärts“ ein derartiges Klagegedicht über die Beunruhigung der Industrie durch alle möglichen Gesetze und Bestimmungen vorgelegter Stellen anhebt, so kann man es der